

## Kleine Anfrage

des Abgeordneten Bernhard Henter (CDU)

und

## Antwort

des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau

### Hinweisschilder an den Bundesländergrenzen

Die **Kleine Anfrage 666** vom 12. April 2007 hat folgenden Wortlaut:

Als Information und Willkommengruß sind an den jeweiligen Bundesländergrenzen Hinweisschilder angebracht, die anzeigen, dass man als Autofahrer von einem Bundesland in ein anderes Bundesland wechselt. Dieser territoriale Willkommengruß ist sicherlich auch bestens dazu geeignet, den Verkehrsteilnehmern eine positive Botschaft des jeweiligen Bundeslandes zu vermitteln und sie willkommen zu heißen.

Als sehr erfrischend, innovativ und optimistisch und manchmal auch zum Schmunzeln oder Nachdenken anregend hat u. a. das Saarland, welches hierzu einen Ideenwettbewerb durchgeführt und somit die Bürger einbezogen hatte, was auch zu einer höheren Identifizierung beitrug, sein „Visitenschild“ künstlerisch und kreativ gestaltet. Mit einer ansprechenden und zeitgemäßen Bilddarstellung und den dazu passenden abwechselnden Texten, wie „aussichtsreich“ oder „aufsteigend“, wird eine positive Botschaft vermittelt.

Als ein eher negatives Kontrastschild sind die zwischenzeitlich total zur Unkenntlichkeit verblassten Hinweisschilder auf Rheinland-Pfalz zu bewerten. Am Beispiel des Hinweisschildes zwischen dem Saarland und Rheinland-Pfalz an der B 407 vor Kirf wird dies mehr als deutlich.

In diesem Zusammenhang darf ich auch auf die Kleinen Anfragen des Abgeordneten Dieter Schmitt 2418 vom 15. April 2005 (Drucksache 14/4111) und 2540 (Drucksache 14/4309) verweisen, in deren Beantwortung u. a. angekündigt wurde, dass die derzeitigen Hinweisschilder schrittweise in modernisierter Form erneuert werden sollen und hierzu bereits ein studentischer Gestaltungswettbewerb an der Fachhochschule Mainz durchgeführt worden sei, dessen Ergebnisse lt. Beantwortung vom 6. Juli 2005 „derzeit erörtert würden“.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Welche konkreten Ergebnisse hatte der studentische Gestaltungswettbewerb und dessen Erörterung hinsichtlich der Gestaltungsideen zur Neugestaltung von Hinweisschildern an den rheinland-pfälzischen Landesgrenzen erbracht?
2. Teilt die Landesregierung die vermehrt vorgetragene Kritik von Bürgern, dass die vorhandenen Hinweisschilder an den Landesgrenzen im Bereich des Kreises Trier-Saarburg (wie beispielsweise an der B 407 vor Kirf) zwischenzeitlich so stark verblasst sind, dass das Landeswappen des Landes Rheinland-Pfalz kaum noch erkennbar ist, so dass diese Schilder dringend erneuert werden müssten?
3. Bis zu welchem konkreten Zeitpunkt beabsichtigt die Landesregierung, die rheinland-pfälzischen Hinweisschilder im Bereich des Landkreises Trier-Saarburg zu erneuern, und wie sollen diese neuen Schilder gestalterisch aussehen (bitte detaillierte Auflistung der einzelnen Standorte und des jeweiligen Austauschzeitpunktes)?

Das **Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 2. Mai 2007 wie folgt beantwortet:

Zu den Fragen 1 und 2:

Es trifft zu, dass die derzeit an der Landesgrenze zu Rheinland-Pfalz – insbesondere an den Autobahnen – aufgestellten Begrüßungsschilder landesweit schrittweise erneuert werden müssen. Im Hinblick auf die Öffentlichkeitswirkung der Begrüßungsschilder sollen diese in modernisierter Form gestaltet werden. Dies geschieht im Rahmen der Standortkampagne Rheinland-Pfalz.

b. w.

Die Ergebnisse des durchgeführten studentischen Gestaltungswettbewerbs sind in eine Vorschlagsliste unter Berücksichtigung weiterer Vorschläge aufgenommen worden. Über die endgültige Gestaltung der Schilder wird im Zusammenhang mit der Standortkampagne in Kürze entschieden.

Zu Frage 3:

Die Schilder werden in diesem Jahr sukzessive ausgetauscht, sobald über die Gestaltung abschließend entschieden ist. Abschließende Aussagen zu den konkreten Zeitpunkten für den Austausch einzelner Schilder im Landkreis Trier-Saarburg können vor diesem Hintergrund nicht getroffen werden.

Hendrik Hering  
Staatsminister